

Öffentliche Sitzung des Kreistages am 23. Januar 2012

BESCHLÜSSE UND ZUSAGEN

1.	<p>Aktuelle Situation bei NYCOMED/TAKEDA</p> <p>Beschluss:</p> <p>Entfällt.</p> <p>Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die aktuelle Situation.</p> <p>In Singen bleibe zwar zunächst alles beim Alten, aber in Konstanz komme es zum Kahl-schlag. Das habe man nicht verhindern können. Er sei mit OB Frank beim zuständigen CEO für Europa/Asien in Zürich gewesen, aber das habe nichts genützt. Jetzt gehe es in erster Linie darum, für die Mitarbeiter die beste Lösung zu finden und dass die Immo-bilien in möglichst großen Einheiten verwertet werden können. Man werde versuchen, Investoren zu gewinnen, auch die Banken sollten mit ins Boot (Stichwort: Gewerbe-park).</p> <p>Morgen werde um 14:00 Uhr am Konzilsgebäude eine Kundgebung stattfinden und er hoffe, dass sich möglichst viele Menschen an dieser Demonstration beteiligen. Er werde als Vertreter der Politik (MdB, MdL) sprechen und dabei verlangen, dass der Kahlschlag möglichst sozialverträglich abgewickelt werde. Für die verbleibenden 150 Mitarbeiter werde er eine Beschäftigungsgarantie (z. B. für 5 Jahre, wie beim Krankenhausthema) verlangen und er hoffe, dass auch ein Minister des Landes an der Kundgebung teilneh-men werde.</p> <p>Kreisrätin Dr. Kreitmeier hält es für wichtig, „Flagge zu zeigen“ und so Solidarität mit den betroffenen Mitarbeitern zu bekunden.</p> <p>Kreisrätin Brigitte Leipold bittet den Vorsitzenden, den Mitarbeitern des Amtes eine Teilnahme an der Kundgebung zu ermöglichen (Freistellung vom Dienst).</p> <p>Der Vorsitzende sagt zu, dass er das prüfen werde. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.</p>
1.1	<p>Genehmigung der Niederschriften über die letzten Sitzungen am 24.10. und 05.12.2011</p> <p>Beschluss:</p> <p>Auf Nachfrage des VORSITZENDEN erfolgen keine Wortmeldungen. Der VORSIT-ZENDE stellt fest, dass die beiden Niederschriften damit genehmigt seien.</p>
2.	<p>Bekanntgabe von in nicht öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen</p> <p>Beschluss:</p> <p>Entfällt.</p> <p>Der Vorsitzende teilt mit, dass man den TOP zwar in die Tagesordnung aufgenommen habe, dass es aber heute nichts zu berichten gebe.</p>
3.	<p>Bekanntgabe einer Eilentscheidung</p> <p>Beschluss:</p> <p>Entfällt.</p> <p>Der Vorsitzende verweist auf die verteilt Tischvorlage. Aus zeitlichen Gründen sei es</p>

	<p>nicht möglich gewesen, die erforderlichen Genehmigungen für die Herren Ott und Fischer einzuholen. Deshalb habe er im Rahmen einer Eilentscheidung Herrn Restle als Gründungsgeschäftsführer benannt.</p> <p>In der Tischvorlage habe man darüber hinaus den aktuellen Sachstand dargestellt und im Interesse einer zeitnahen Unterrichtung des Kreistags auch die jeweils aktuellen Vertragsentwürfe beigefügt. Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht.</p>
4.	<p>Änderung in der Besetzung des Kreistags;</p> <p>a) Nachfolgeregelung für Herrn Wolfgang Denzel b) Feststellung evtl. vorliegender Hinderungsgründe bei der nachrückenden Person c) Verpflichtung des nachrückenden Mitglieds d) Regelung der Nachfolge in der Besetzung der Gremien</p> <p>Beschluss (einstimmig):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Es wird festgestellt, dass bei Frau Dr. Inge KLEY, Singen, keine Hinderungsgründe nach § 24 der Landkreisordnung vorliegen. 2. Den von der Fraktion der CDU vorgeschlagenen Änderungen im Zuge der Neubesetzung der Ausschüsse und Kommissionen wird im Wege der Einigung zugestimmt. <p><u>Hinweise/Beratung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kreisrätin Netzhammer teilt namens des Vorsitzenden der Fraktion der CDU (Kreisrat Franz Moser) mit, dass es noch eine Änderung gebe: Die 4. Stellvertretung im Bauausschuss und die 3. Stellvertretung in der Schulstrukturkommission soll von Kreisrätin Netzhammer übernommen werden (und nicht – wie gemeldet und in der Sitzungsvorlage aufgeführt – von Kreisrätin Dr. Kley). Dem wird einstimmig zugestimmt (s. Beschluss). • Kreisrätin Dr. Kley wird vom Vorsitzenden verpflichtet und erhält einen Blumenstrauß als Willkommensgruß.
5.	<p>Ambulante Hilfen im Landkreis Konstanz gGmbH; Wahl eines Nachfolge-Vertreters des Landkreises im Aufsichtsrat</p> <p>Beschluss (einstimmig):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) Dem Ausscheiden von Kreisrat HOFFMANN aus dem Aufsichtsrat der Gesellschaft für ambulante Hilfen (GAH) aus wichtigem Grund wird zugestimmt. 2.) Als Nachfolge-Vertreterin wird Kreisrätin Dr. KLEY benannt.
6.	<p>Kommunale Gesundheitskonferenz Landkreis Konstanz; Vertretung des Kreistags in der kommunalen Gesundheitskonferenz</p> <p>Beschluss (einstimmig, 2 Enthaltungen):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Kreistag entsendet eine Vertreterin/einen Vertreter in die Kommunale Gesundheitskonferenz Landkreis Konstanz. 2. Das Vorschlagsrecht obliegt der mitgliederstärksten Fraktion im Kreistag (CDU). 3. Der Empfehlung der Fraktion der CDU, Kreisrat HOFFMANN in die Gesundheitskonferenz Landkreis Konstanz zu entsenden, wird im Wege der Einigung zugestimmt.

Hinweis/Beratung:

Kreisrat **Dr. Hahn** verweist auf die als Tischvorlage verteilten „Landkreisnachrichten“. Dort sei ein interessanter Artikel zu dieser Thematik zu finden.

7. **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012;**
a) **Haushalt 2012**
b) **Eigenbetrieb "Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Konstanz" - Wirtschaftsplan 2012**
c) **Eigenbetrieb "EVU seehäsele" - Wirtschaftsplan 2012**

EINLEITUNG

Der **Vorsitzende** führte in die Thematik ein.

Kreisrat **Ostermaier** stellte den Antrag, den Haushalt künftig wieder im Januar zu beraten.

Der **Vorsitzende** hielt dies für möglich. Eine förmliche Abstimmung über den Antrag erfolgte nicht.

TEILHAUSHALT 1/BUDGET 1

Keine Beschlüsse. Den in der Änderungsliste (ANLAGE 2 zur Sitzungsvorlage) aufgeführten Positionen wird ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

TEILHAUSHALT 2/BUDGET 2

Beschluss 1 (einstimmig, ohne förmliche Abstimmung, Antrag der CDU):

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt, auf Basis der Ergebnisse der Tagfahrt des Kultur- und Schulausschusses zu den Beruflichen Schulen am 21.11.2011 eine Aufstellung über den jeweiligen mittelfristigen Sanierungsbedarf zu erstellen.

Vordringlich: Werkstätten der Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz (ZGK), Wessenberg-Schule Konstanz/WBS (Stichwort: Berücksichtigung der Auflagen des Denkmalschutzes).

2. Die Aufstellung ist dem Kultur- und Schulausschuss im laufenden Jahr 2012 vorzulegen.

Hinweise/Beratung:

- *In beiden Fällen (Werkstätten ZGK/Gebäude WBS) rechnet sich eine Sanierung wohl nicht (Konsequenz: Neubauten erforderlich).*
- *Das Grundstück/die Gebäude der ehem. Fabrik Ravensberg neben der ZGK werden nicht mehr benötigt und werden nicht benutzt. Die Stadt Konstanz steht einer schulischen Nutzung des Gesamtareals grundsätzlich positiv gegenüber.*
- *In Anbetracht der dringend sanierungsbedürftigen Werkstätten der ZGK und einer evtl. zu teuren Sanierung der WBS wäre zu überlegen, auf dem Gelände der ZGK/der ehem. Fabrik Ravensberg ein „Berufsschulzentrum Konstanz“ zu errichten (gewerblich-technische und kaufmännische Schulen). Ein Bahnanschluss (Bahnhof KN-Petershausen) ist direkt an der Schule vorhanden, eine Sporthalle auch.*
- *Eine rasche Abstimmung mit der Stadt Konstanz ist erforderlich, parallel dazu sollte die Sanierungsplanung für die beiden Schulen zeitnah vorangetrieben werden*

(Kreisrat **Müller-Fehrenbach**, Kreisrätin **Brigitte Leibold**).

- Weitere Alternative: Durch die Abwicklung des Standortes Konstanz (Nycomed/TAKEDA) werden Liegenschaften und Labore frei. Evtl. könnten diese für die ZGK genutzt werden (Kreisrat **Kennerknecht**).
- Der **Vorsitzende** antwortete, dass man über das Thema „Nutzung von Laboren von Nycomed/alternativen Räumlichkeiten an anderen Orten für die Schulen“ bereits im Zusammenhang mit dem erforderlichen Umbau der Chemiewerkstätten an der Hohentwiel-Gewerbeschule Singen ausführlich beraten habe. Ergebnis: aus schulorganisatorischen, technischen und finanziellen Gründen leider nicht möglich.
- **Auf Nachfrage von Kreisrat KENNERKNECHT sagte der VORSITZENDE eine nochmalige Prüfung zu (für ZGK). Die Umsetzung des Beschlusses (s. oben) und eine Prüfung der sich Zusammenhang mit der Sanierung der Werkstätten der ZGK ergebenden Möglichkeiten (s. oben) wurde ebenfalls zugesagt.**

Beschluss 2 (Mehrheit der Nein-Stimmen gegen 9 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen):

Der Antrag der Fraktion der FDP, den Betrag für den Bauunterhalt wie veranschlagt zu belassen und zusätzlich 700.000 € für die Umsetzung der Prioritäten 5 und 6 bereitzustellen (Gegenfinanzierung: 350.000 € aus Maßnahmen der Prioritäten 1 – 4, die NICHT umgesetzt werden können und Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Grunderwerbsteuer um 350.000 €), wird abgelehnt.

Beschluss 3 (26 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen):

Dem Antrag der Fraktion der CDU, den Haushaltsansatz für den Bauunterhalt für die Schulen um 783.000 € auf 3,6 Mio. € zu kürzen, wird zugestimmt.

Hinweise/Beratungen:

- Damit können die Maßnahmen der Prioritäten 1 – 3 umgesetzt werden, der Priorität 4 zu 22 %.
- Den sonstigen, in der Änderungsliste (**ANLAGE 2 zur Sitzungsvorlage**) aufgeführten Positionen wird ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

TEILHAUSHALT 3/BUDGET 3

Beschluss 4 (einstimmig):

Folgende Empfehlungsbeschlüsse aus SozA/KJHA v. 19.09./12.12.2011 und VFA v. 28.11.2011 /RPJ-Zuschuss) – gem. ANLAGE 3 zu TOP 7 – werden bestätigt:

- **Förderung RPJ (max. 3.000 €, Antrag A 2)**
Empf. VFA v. 28.11.2011: Zustimmung (einstimmig), Entwurf enthält Betrag.
- **Projekt „Wellcome/praktische Hilfen für Familien nach Geburt“ (12.000 €, Antrag A 3)**
Empf. KJHA v. 19.09.2011: Zustimmung (einstimmig), Entwurf enthält Betrag.
- **Zuschuss Implementierung Risikofragebogen für Schwangere (15.000 €, Antrag A 4)**
Empf. KJHA v. 19.09.2011: Zustimmung (mehrheitl.), Entwurf enthält Betrag.

- **Erhöhung Zuschuss Schuldnerberatung (94.500 €, Antrag B 1)**
Empf. SozA v. 12.12.2011: Zustimmung (einstimmig) – Änderungsliste.
- **Übernahme Kosten für empfängnisverhütende Mittel (20.000 €, Antrag B 2)**
Empf. SozA v. 12.12.2011: Zustimmung (mehrheitlich) – Änderungsliste.
- **Förderzuschuss Projekt „Knospe“ für Kinder (10.000 €, Antrag B 3)**
Empf. SozA v. 12.12.2011: Zustimmung (einstimmig) – Änderungsliste.
- **Saisonale Unterstützung Integrationsbetrieb „seehörnle“ (9.000 €, Antrag B 4)**
Empf. SozA v. 12.12.2011: Zustimmung (einstimmig) – Änderungsliste.
- **Antrag C 1 (Zuschuss „Arche“, 23.400 €) wurde vom SozA am 19.09.2011 mehrheitlich ABGELEHNT, dies wird bestätigt. Der Zuschussantrag der Tee-stube Singen wurde zurückgezogen.**

Hinweise/Beratung:

- Die Sitzung wurde zeitweise von Kreisrat **Franz Moser** geleitet.
- Der **Vorsitzende** verwies auf den einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Kreisjugendhilfeausschusses vom 12.12.2012.
- Kreisrat **Beyer-Köhler** beantragte, für „Die Arche“ einen Investitionskostenzuschuss von 23.000 € zu veranschlagen. Auf Zusage des **Vorsitzenden** und von Kreisrat **Brennenstuhl**, dass man dies im Sozialausschuss ausführlich beraten habe und dass die Investitionskosten über den Pflegesatz abgegolten werden (Protokollnotiz), wurde der Antrag zurückgenommen
- Kreisrat **Müller-Fehrenbach** zeigte seine Befangenheit an und begab sich in den Zuhörerbereich. Nach der Beratung und Beschlussfassung nahm er wieder an der Sitzung teil.
- **Den sonstigen, in der Änderungsliste (ANLAGE 2 zur Sitzungsvorlage) aufgeführten Positionen wird ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.**

TEILHAUSHALT 4/BUDGET 4

Keine Beschlüsse. Der in der Änderungsliste (ANLAGE 2 zur Sitzungsvorlage) aufgeführten Position wird ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

Hinweise/Beratung:

*Es wird davon ausgegangen, dass es sich bei der Sanierung der K 6162 um eine „Altmaßnahme“ handelt, die vom Land wie vorgesehen gefördert wird. Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) sagte zu, sich beim Land dafür einzusetzen.*

TEILHAUSHALT 5/BUDGET 5

Beschluss 5 (Mehrheit der Ja-Stimmen, gegen 4 Nein-Stimmen):

Den in der Änderungsliste (ANLAGE 2 zur Sitzungsvorlage) aufgeführten Positionen (Uni-Preis, Gesellschafterzuschuss IBT, Mitgliedsbeitrag VHS, EDV-Aufwand/Lizenzen, jeweils Erhöhungen) wird zugestimmt.

Beschluss 6 (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen):

Dem Antrag von Kreisrat OSTERMAIER/Fraktion FWV, bei den zusätzlichen Stellen (gem. Erläuterung 14,86 Stellen, Anlage 5 zum Schreiben des Landrats vom 16.01.2012) insgesamt 200.000 € einzusparen, wird zugestimmt.

Beschluss 7 (Mehrheit der Nein-Stimmen gegen 15 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen):

Der Antrag der Kreisräte Dr. SCHMIDT und EHRET, im Haushalt 2012 einen Betrag von 2 Mio. € für kapitalstärkende Maßnahmen im Krankenhausbereich zu veranschlagen, sofern die Kreislösung zum Tragen kommen sollte, wird abgelehnt.

Hinweise/Beratung:

- An Stelle des **Vorsitzenden** führte Herr **Restle** – wie mit diesem abgestimmt – in die Thematik ein. Es folgen die Aussagen der Kreisräte, die sich gegen eine Erhöhung des Eigenkapitals/gegen eine kapitalstärkende Maßnahme ausgesprochen haben.
- Kreisrätin **Dr. Hofer** kann Bedenken und Zweifel gegen die Kreisholding nachvollziehen. Wenn man aber Angst und Zweifel und mangelndes Vertrauen habe, dann verstehe sie nicht, dass man ein solches Ansinnen nicht schon viel früher geäußert habe. Die Gesellschaft habe positive Perspektiven, und mit Geld könne man keine atmosphärischen Probleme lösen (Beifall).
- Kreisrat **Kennerknecht** stellt fest, dass sich der Kreistag aufgrund einer seriösen Unternehmensplanung für die Beteiligung an einer Krankenhausträgersgesellschaft entschieden habe. Danach bemesse sich auch die Höhe des Eigenkapitals und die Liquidität.

Wenn man keine Nachschusspflicht vereinbare sei klar, dass es ggf. Probleme geben könne und dass man auch Verlustphasen abdecken müsse. Insofern könne er die betriebswirtschaftliche Diskussion durchaus verstehen. Aber bis jetzt sei er der Auffassung gewesen, dass die Gutachter, die für einen gehobenen 6-stelligen Betrag dieser Frage seriös nachgegangen seien, übereinstimmend zum Ergebnis gekommen seien, dass die Gesellschaft seriös finanziert und lebensfähig sei.

- Daher könne er die Diskussion um „Vertrauen, Signale setzen usw.“ nicht verstehen, die Holding sei solide finanziert und auf Dauer lebensfähig, stelle also kein „Fass ohne Boden“ dar. Daher sollte man auch nicht jetzt schon Horrorszenarien an die Wand malen und im „vorausseilenden Gehorsam“ Kreisumlage für die Bildung von möglicherweise von der Holding in Zukunft evtl. benötigte Rücklagen zu verwenden. Wenn ein seriöser Unternehmensplan vorgelegt werden sollte, wonach z. B. wirklich 2 Mio. € fehlen sollten, werde man zu gegebener Zeit eine entsprechende Entscheidung treffen.
- Sofern man schon heute eine Kapitalerhöhung beschließen oder Rücklagen bilden solle, dann sei dies ein falsches Signal und mache darüber hinaus misstrauisch. Gebe es noch „Leichen im Keller“, kenne man alle Fakten, warum mache man das? Warum sei das gewollt? Bisher sei er überzeugt davon gewesen, dass die Gesellschaft solide finanziert sei und ein patientengerechtes Angebot sicherstelle. Das Ansinnen mache ihn eher misstrauisch, man müsse wohl die Zahlen in der Tat nochmals genauer anschauen. Das Ansinnen mache ihn daher eher misstrauisch.

Er spreche sich gegen die Bildung einer Rücklage ins Blaue hinein auf Kosten der Kreisumlage aus für etwas, was man heute nicht einschätzen könne. Wenn die Holding einmal Geld benötigen sollte, sage er ausdrücklich zu, dass man sich dann mit der Frage befassen und Mittel und Wege finden müsse, um helfen zu können.

- Ergänzung: Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) sprach sich für einen „dynamischen Bestandsschutz“ im Konsortialvertrag aus, das werde am Anliegen der bisherigen Träger gerechter und dafür benötige man auch keine zusätzlichen Mittel.

- *Der Vorsitzende betont, dass mit dem Beschluss die Kreislösung nicht abgelehnt worden sei. Der Kreistag habe beschlossen, dass er sich im Falle eines absehbaren Defizits mit der Angelegenheit befassen werde.*

TEILHAUSHALT 6/BUDGET 6

Beschluss 8 (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen):

Dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FWV, den Haushaltsansatz bei der Grunderwerbsteuer um 1,5 Mio. € auf 17 Mio. € zu erhöhen, wird zugestimmt.

Beschluss 9 (Mehrheit der Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen):

Folgender Antrag der Fraktion der FDP wird abgelehnt:

- a) Erhöhung des Eigenanteils an der Finanzierung der Investitionen von 1/3 auf 50 %.
- b) Gleichmäßige Verteilung des erwarteten Überschusses aus 2011 auf die Jahre 2012 – 2014 (jeweils 1/3 von 8,9 Mio. € = ca. 3 Mio. €).

Konsequenz: Die Senkung des Hebesatzes für die Kreisumlage würde entsprechend geringer ausfallen.

Kreisrat **Krause** weist auf seinen Antrag hin (als „Anfrage“ bezeichnet, siehe **ANLAGE 3** zur Tischvorlage Nr. 2012/014). Danach sollte die für 2011 beschlossene Aussetzung der Erwirtschaftung der Abschreibungen nachgeholt werden, weil das gute Ergebnis für 2011 dies zulasse.

Herr **Nops** erläutert – soweit möglich – die sich durch die Änderungen ergebenden neuen Zahlen in der Haushaltssatzung (Seiten 7 – 8 des Entwurfs). Der Hebesatz für die Kreisumlage (§ 5 der Haushaltssatzung) beläuft sich danach auf 31,92 %-Punkte.

Beschluss 10 (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen):

- a) Der Kreistag stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012 sowie der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015 in der sich aus der Beratung ergebenden Fassung gemäß **ANLAGE 2** (Änderungsübersicht aus der Haushaltssitzung inkl. der Überschussverwendung der Jahre 2010 und anteilig 2011/Hebesatz für die Kreisumlage = 31,92 %-Punkte) zu.
- b) Der Kreistag stellt den Wirtschaftsplan 2012 für den Eigenbetrieb „Eisenbahnverkehrsunternehmen „EVU seehäsle“ für das Wirtschaftsjahr 2012 gemäß Anhang zum Haushaltsplan, S. 569 ff., wie vom Kreistag am 24.10.2011 beschlossen, fest.
- c) Der Kreistag stellt den Wirtschaftsplan 2012 für den Eigenbetrieb „Abfallwirtschaft Landkreis Konstanz“ für das Wirtschaftsjahr 2012 gemäß Anhang zum Haushaltsplan, S. 583 ff., fest (einstimmiger Beschluss).

8. Bürgerfragestunde

Beschluss:

Entfällt.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgen keine Wortmeldungen.

9. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

Beschluss:

Entfällt.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgen keine Wortmeldungen.